

SOLLTE HOLOCAUSTLEUGNUNG EUROPaweIT UNTER STRAFE GESTELLT WERDEN?

In den Weg stellen

Luftnummer

PRO

VON GERT WEISSKIRCHEN

Die deutsche Justizministerin Brigitte Zypries will das EU-Ratstreffen im April nutzen, um den öffentlichen Aufruf zu Hass und Gewalt EU-weit strafbar zu machen. Wer Völkermord, Verbrechen gegen die Menschheit und Kriegsverbrechen im Sinne der Artikel 6 bis 8 des „Römer Statuts“ des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 und nach Artikel 6 der Charta des Internationalen Militärgerichtshofs von 1945 billigt, leugnet oder verharmlost, könnte demnach mit Gefängnisstrafen zwischen einem und drei Jahren bestraft werden. Im konkreten Einzelfall hätte ein Gericht zu klären, ob ein konkretes Verbrechen unter diese Tatbestände fällt. Im Falle des Holocaust ist dies in Deutschland so geschehen.

Brigitte Zypries nutzt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, damit die Verhandlungen über den Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wieder in Gang kommen. Das Ziel ist es, die Vorschriften über die Strafbarkeit des Verbreitens von rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen verbindlich zu machen. Der Rahmenbeschluss sieht vor, dass die Strafverfolgungsbehörden bei Vorliegen der im Rahmenbeschluss beschriebenen Straftatbestände ihre Ermittlungen von Amts wegen aufnehmen müssen. Ein Strafantrag eines Verletzten oder Geschädigten ist dazu nicht nötig. Ausdrücklich enthält der Rahmenbeschluss einen Hinweis auf die in Europa geltenden Grund- und Menschenrechte. Verlangt wird, das Recht auf Meinungsfreiheit zu achten. Der notwendige



GERT WEISSKIRCHEN ist außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus.

Wer den Holocaust leugnet, vernichtet die Opfer erneut und lässt ihre Nachkommen ein weiteres Mal leiden. Wer den Holocaust leugnet, verhöhnt das Recht auf Meinungsfreiheit. Um

den Holocaust leugnet, stellt sich außerhalb der Rechtsgemeinschaft – künftig also auch der EU-weiten. Historische Wahrheiten können vom Staat nicht vorgeschrieben und ein für alle Mal in Stein gemeißelt werden. Die Suche



Von der Meinungsfreiheit gedeckt? Werbeplakat für das Holocaust-Mahnmahl

Foto: dpa

nach der historischen Wahrheit muss frei bleiben. Und frei von staatlichen Eingriffen bleibt die offene und kontroverse Diskussion von geschichtlichen Ereignissen und ihrer unterschiedlichen Bewertungen, zumal wenn die Diskussion im Rahmen wissenschaftlicher Kriterien geführt wird. Wäre dies nicht garantiert, würden wir das Fundament preisgeben, auf dem unsere Demokratie ruht – die Freiheit.

An jedem 27. Januar gedenken die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten der Ungeheuerlichkeit des Holocaust. Die Millionen Ermordeten, so fürchte ich – ihre Angst in dem Augenblick, als sie ermordet wurden, ihre Sorge, wie die Zukunft ihrer Kinder aussehen wird –, könnten hinter dem Ornament der weltweiten Veranstaltungen verschwinden. Und wenn es denn eine Botschaft gibt, die uns

die Ermordeten hätten mitgeben können, dann vielleicht dies: Wir wieder!

Der Aufruf zum Handeln darf nicht auf einen Tag des Gedenkens begrenzt werden. Der Aufruf zum Handeln darf aber auch nicht der Justiz allein überantwortet werden. Der Zivilisationsbruch des Holocaust ist einmalig. Er wird meiner Meinung nach nicht relativiert, wenn die Justiz diejenigen verfolgt, die dieses Menschheitsverbrechen leugnen. Sollen sich die Leugner weiter hinter dem Umstand verstecken können, dass einzelne EU-Staaten dieses Vergehen juristisch unterschiedlich bewerten? Wir alle, die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsstaaten der EU sind es, die sich den Leugnern des Holocaust gemeinsam in den Weg stellen müssen. Es gilt, für unsere Freiheit zu kämpfen. Keine Freiheit den Feinden der Freiheit!

CONTRA

VON HENRYK M. BRODER

Hanns Dieter Hüsch, der große Philosoph vom Niederrhein, hat sehr viele kluge Sätze gesagt und geschrieben. Einer der klügsten ist: „Alles, was wir machen, machen wir uns vor.“

Dies könnte auch das Motto der Initiative der deutschen Justizministerin Brigitte Zypries sein, die die sechsmonatige deutsche EU-Ratspräsidentschaft dazu nutzen will, eine EU-weite Regelung zu etablieren, mit der die Leugnung des Holocaust zu einem kriminellen Delikt erklärt werden soll. Eine solche Gesetzgebung gibt es bereits in neun EU-Ländern, nun soll auch in allen anderen europäischen Metropolen nicht ungestraft davon kommen, wer behauptet, den Holocaust habe es nie gegeben.

Für ein Land, das sich schwer tut, ein allgemeines Rauchverbot in Gaststätten innerhalb des Geltungsbereichs seiner eigenen Gesetze durchzusetzen, erscheint es mutig bis gewagt, dass es eine europaweite gesetzliche Regelung in einer viel schwierigeren Frage durchsetzen will. Man könnte auch sagen: Geschichte verpflichtet, und wer es beinahe geschafft hat, die Endlösung der Judenfrage zu einem gesamteuropäischen Anliegen zu machen, der könnte es auch schaffen, die Leugnung des Holocaust als Delikt ebenfalls zu europäisieren. Den Holocaust soll uns erst einmal einer nachmachen! Seine Bewältigung auch!

Aber das wäre schon eine sehr wohlwollende Bewertung der Situation. Tatsächlich handelt es sich um eine Luftnummer, die allein dazu bestimmt ist, guten Willen zum Nulltarif zu demonstrieren. Es ist noch nicht lange her, da hat Gert Weisskirchen den Bau des Holocaust-Mahnmals u.a. auch damit begründet, „wir“ bräuchten dieses Mahnmahl, um ein Zeichen gegen den Antisemitismus zu setzen, den Antisemiten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Vor Kurzem hat er von der Bundesregierung mehr Geld für den Kampf gegen den Antisemitismus gefordert, vermutlich, um noch mehr Aufklärungsbroschüren über den Beitrag der Juden zur deutschen Kultur drucken und noch mehr Sozialarbeiter in national kontaminierten Schulen schicken zu können. Und nun ist er dafür, das deutsche Modell in Sachen Holocaust-Leugnung über ganz Europa auszubreiten. Aber eine dumme Idee wird nicht dadurch besser, dass man sie vervielfacht.

2006 war ein Rekordjahr. Nicht nur für die deutsche Exportwirtschaft, auch für den politischen Extremismus. Es gab mehr rechtsextreme, ausländerfeindliche und antisemitische Vorfälle als je zuvor – trotz vorhandener Gesetze. Die Leugnung des

Holocaust war auch dabei – allerdings erklärte die Bundesregierung in diesem Fall, ihr seien die Hände gebunden. Denn der Holocaust-Leugner war nicht irgendein Skinhead aus der Sächsischen Schweiz, sondern der iranische Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad. Seine Ankündigung, er wolle zur Fußball-WM nach Deutschland kommen, löste eine mittlere Panik aus, und als er dann doch nicht kam, sondern nur einen seiner vielen Stellvertreter schickte, da atmeten die Politikmacher auf – wie Hängel und Gretel, denen eine Begegnung mit der bösen Hexe erspart geblieben war. Denn Ahmadinedschad ist nicht nur der derzeit prominenteste, lauteste und schamloseste Holocaust-Leugner, er macht auch kein Hehl daraus, dass er gerne den Job im Nahen Osten zu Ende bringen möchte, den die Nazis in Europa nicht vollenden konnten. All das war kein Grund, ihm ähntlich und offiziell zu einer Person non grata zu erklären. Das sei nicht machbar, hieß es aus Berlin, der Mann sei schließlich ein gewähltes und amtierendes Staatsoberhaupt.

Das ist der Präsident von Weißrussland, Alexander Lukaschenko, auch, was die EU nicht davon abhielt, über ihn ein Einreiseverbot für alle EU-Staaten zu verhängen. Und als vor Jahren die FPÖ des Jörg Haider in Wien an der Regierung beteiligt wurde, da wurden umgehend „bilaterale Sanktionen“ gegen Österreich verhängt und Österreichs Diplomaten auf dem internationalen Parkett wie Ausstiegszüge behandelt. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Die Idee, das deutsche Modell in Sachen „Holocaust Denial“ zu europäisieren, zeugt nicht nur von der deutschen Lust am Größenwahn, sondern auch von der Liebe zum Symbolischen. Diejenige, die das Leugnungsverbot jetzt auf die gesamte EU ausdehnen möchten, wissen, dass sie damit nicht durchkommen werden, aber sie möchten das Gefühl genießen, es wenigstens versucht zu haben.

Es gibt vermutlich so viele Menschen, die den Holocaust leugnen, wie es Menschen gibt, die davon überzeugt sind, dass die Erde eine flache Scheibe ist. Wäre Dummeheit strafbar, müsste man den sozialen Wohnungsbau einstellen und nur noch Gefängnisse bauen. Worauf es heute ankommt, ist nicht, den letzten Holocaust in seiner „Singularität“ zu sanktionieren, sondern den nächsten zu verhindern.



HENRYK M. BRODER ist Publizist, „Spiegel“-Reporter und Buchautor. Zuletzt erschien von ihm „Hurra, wir kapitulieren!“

Leserbriefe

Nicht antisemitisch

Michael Wuliger: „Selten so gelacht“
Jüdische Allgemeine vom 18. Januar

Der eklatante Wandel jüdischer Existenz „vom Schtetl zum Staat“ hat gewisse tiefgreifende psychologische Auswirkungen bei den Betroffenen gehabt. Das betrifft sicher auch die Art der entstehenden Witzel, die in der jeweiligen jüdischen Gesellschaft erzählt werden. Salscia Landmann führt in ihrem Buch „Der jüdische Witz“ viele Beispiele an und analysiert sie unter verschiedenen Gesichtspunkten. Wenn man diese Analysen mit den Aussagen von Michael Wuliger vergleicht, wird deutlich, dass seine Betrachtung des Phänomens einseitig ist und dem Geist des jüdischen Schtetl-Witzes nicht gerecht wird. Was mir an dem Artikel nicht gefällt, ist die Aussage von Herrn Wuliger, der typische Schtetl-Witz sei nur bei Antisemiten beliebt, weil sie in diesem ihre negativen Vorurteile bestätigt sähen oder daraus ableiteten. Widerspruch. Das mich Faszinierende am jüdischen Witz war immer, dass er selbstkritisch ist, sensibel, menschlich und nicht auf Kosten der anderen seine Wirkung erzeugt. Die Sammlung von

Landmann bestätigt dies. Auch Otto F. Best (Jude oder nicht) sieht es in seinem Buch „Volk ohne Witz“ (gemeint sind die Deutschen) anders: „Sollte tatsächlich die Möglichkeit bestehen, dass Juden witziger sind als Nichtjuden? Immerhin ist es denkbar, dass bestimmte Formen der Geistesbildung den Verstand schärfen.“ Jüdischer Geist sei neben dem Esprit der Franzosen zu stellen. Das alles zählt aus Sicht von Wuliger nicht mehr, weil der jüdische Witz alten Schlags angeblich nur Hilfsfunktion ausdrückt. Schlimmer noch: Man hat den Eindruck, dass sich hinter dieser Kritik auch der Vorwurf verbirgt, diese Schtetl-Menschen mit ihrer „Skalvenmoral“ hätten sich widerstandslos zur Schlachtbank führen lassen. Ein Vorwurf, der in jeder Hinsicht sowohl von den Tatsachen her (man denke an die Aufstände im Warschauer und in anderen Ghettos) wie auch im moralischen Sinn infam gegenüber den Opfern ist. Der Besitz von Macht, wie sie der Staat Israel hat, verändert das Denken der Menschen ganz offensichtlich. So sehen das zumindest nicht wenige israelische Intellektuelle. „Wir sollten uns daran erinnern, wie schwer es uns fällt, einzugestehen, dass wir nur die Sprache der Gewalt verstehen“ (Ofer Grosbard in „Israel auf der Couch“). Auch Wuliger ballt am Schluss wieder die Faust. Israel

hat andere Waffen als nur Humor, sagt er. In der Tat, und das hat offensichtlich Auswirkungen auf die Sprache und auch auf die Art der Witze. So wird es wohl keinen Witz des früheren Genres in Israel mehr geben. Das lassen der jüdische „Militärjux“ und andere Witze erkennen. Israel hat aber nicht nur Feinde sondern auch Freunde, und ich hoffe, dass es einmal so gelassen wird, um sich am menschlichen Witz seiner Schtetl-Vorfahren zu erfreuen und entspannt zu lachen. Dr. P. Brode, Lohmar

In öffentlicher Hand

Lisa Borgemeister: „Wenn die Seele Hilfe braucht“

Jüdische Allgemeine vom 1. Februar

Nicht nur der Titel, sondern auch die Berichterstattung über das Psychotherapeutische Zentrum in Frankfurt am Main ist falsch. Nach Auskunfts dieses Zentrums wird dieses von der öffentlichen Hand gefördert und finanziert. Es steht allen Menschen offen, die psychotherapeutische Hilfe benötigen, aber insbesondere Personen bis zu 20 Jahren. Juden haben keinen Vorzug, wie es leider dargestellt wird. Für die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Frankfurt am Main, für die „seelische Hilfe“ vonnöten ist, ist die Sozialabteilung der Jüdischen Gemeinde zuständig. Diese kümmert sich um die Patienten und schal-

tet gegebenenfalls den Landeswohlfahrtsverband, Krankenkassen, Pflegekassen und andere Institutionen ein. An dieser Stelle an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen ein Wink: Zusammen mit der Stadt Frankfurt sollte schnellstens ein Haus eingerichtet werden, in dem psychisch kranke Juden eine dauernde Beschäftigung finden, nach dem Vorbild der bereits in Frankfurt am Main bestehenden „Werkgemeinschaft“. Eine derartige Einrichtung ist dringend erforderlich und beispielhaft für die Bundesrepublik Deutschland.

Adolf Diamant, Frankfurt am Main

Verhinderte Mitmacher?

Alan Posener: „Der Jud tut gut ...“
Jüdische Allgemeine vom 11. Januar

„Der Jud tut gut ...“ – ein Bonmot, das auch der geschichtlichen Wahrheit ziemlich nahe kommt. Viele der deutschen Juden waren bis 1933 (manche sogar darüber hinaus) deutschnational bis auf die Knochen. Als Beispiel sei hier nur der deutsche Außenminister Walther Rathenau genannt. Ich bin überzeugt, dass diese jüdischen Mitglieder ihre Kraft und ihr Kapital selbst dem Dritten Reich zur Verfügung gestellt hätten – und zwar freiwillig – wenn man sie nur gelassen hätte. So gesehen hat Adolf Hitler, der jetzt zur Witzfigur reduziert

wird, in seinem abgrundtiefen Judenhass, für den es keine rationale Erklärung gibt, die Menschen bekämpft und vernichtet, die ihm bei seinen Plänen hätten helfen können und wollen. Auch das war ein Grund für die nationale Katastrophe in Form einer masochistischen Selbsterstörung. Eine persönliche Erinnerung an 1935: In meiner Schulklasse gab es zwei jüdische Mitschüler, einer davon war der Klassenbeste im Sport, die alles daran gegeben hatten, Mitglied in der damals im Aufbau befindlichen Hitlerjugend zu werden. Ihr Antrag wurde mehrfach abgelehnt. Etliche Jahre später haben sie mit ihren Familien das Land verlassen, das gerade sie als ihre Heimat betrachteten. Johannes Pavel, Osnabrück

Nur halber Genuss

„Lena Gorelik's Tagebuch“

Donnerstagvormittag: die Jüdische Allgemeine aus dem Briefkasten holen, Tee kochen und sich zurückziehen – für Marc Howard Wilson. Ohne ihn ist die Zeitung nur noch ein halber Genuss – und erst ohne Lena Gorelik! Bitte, bitte, ladet sie wieder ein, lasst sie für Euch schreiben. Es geht vielen meiner Freunde ähnlich. Sie schreibt, wie wir Gojim und Touristen fühlen, die einen Narren an diesem Land gefressen haben. Etwas Großes wird uns fehlen. Susanne von Loeffelholz, Königswinter